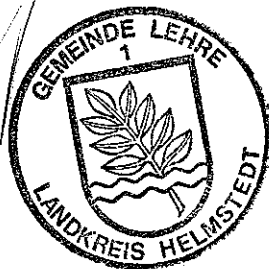


Es wird festgestellt und hiermit beglaubigt, daß die Abschrift
des Bebauungsplanes mit der Urschrift übereinstimmt.

Lehre, den 12. Juni 2002

(Bürgermeister)



GEMEINDE LEHRE

NEUER KAMP I UND II
4. ÄNDERUNG

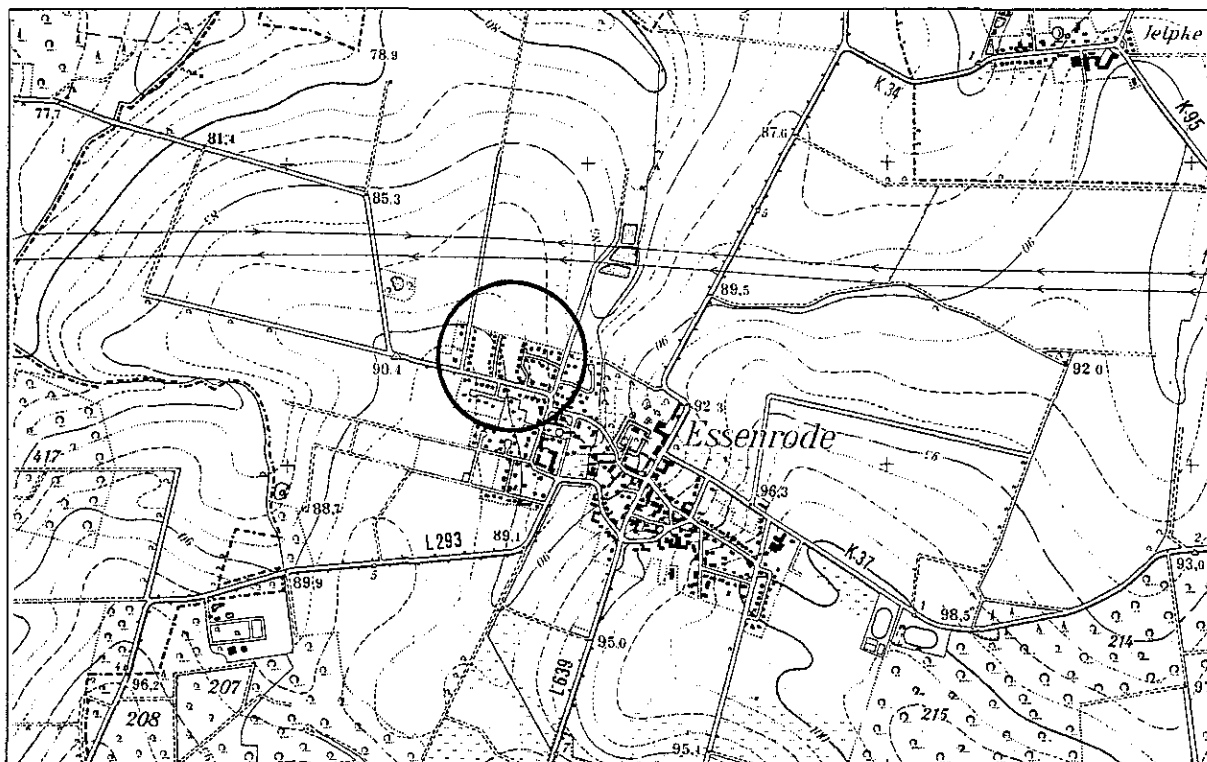
Stand: IN KRAFT GETRETENE FASSUNG

BEBAUUNGSPLAN

Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt - Bohlweg 1 38100 Braunschweig

BEGRÜNDUNG

ZUM BEBAUUNGSPLAN "NEUER KAMP I UND II, 4. ÄNDERUNG",
DER GEMEINDE LEHRE, ORTSCHAFT ESSENRODE, LANDKREIS HELMSTEDT



Kartengrundlage: Topographische Karte 1 : 25.000
3629 (1987), 3630 (1986), 3729 (1987), 3730 (1986)
Vervielfältigt mit Erlaubnis des Herausgebers:
Nieders. Landesverwaltungsamt – Landesvermessung – B5 – 796/88.

ÜBERSICHT M 1: 25.000

BEARBEITET IM AUFTRAG DER GEMEINDE LEHRE

2001/2002

BÜRO FÜR STADTPLANUNG BRAUNSCHWEIG; DR.-ING. W. SCHWERDT
MITARBEITER: DIPL.-ING. M. DICKS, H. HEINZE, M. KLESEN;
B. BÜSING, A. HOFFMANN, G. WINNER; I. BÜSING, K. MÜLLER

BEGRÜNDUNG

Stand: IN KRAFT GETRETENE FASSUNG

zum Bebauungsplan "NEUER KAMP I UND II, 4. ÄNDERUNG",

Ortschaft Essenrode, Gemeinde Lehre, Landkreis Helmstedt

1.0 ALLGEMEINES

Die Gemeinde Lehre ist nach dem Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden im Raum Wolfsburg ¹⁾ aus acht ehemals selbständigen Gemeinden gebildet. Die Gemeinde Lehre hat rd. 11.500 Einwohner und ist charakterisiert durch ihre Lage zwischen den beiden Großstädten Braunschweig und Wolfsburg.

Die Gemeinde Lehre liegt nach landesplanerischen Zielvorgaben im Ordnungsraum Braunschweig ²⁾.

Im Ordnungsraum sind vorrangig solche Entwicklungsvorhaben durchzuführen, die das Arbeitsplatzangebot sichern, die Umweltbedingungen verbessern u. a. m. In der Gemeinde Lehre übernimmt die Ortschaft Lehre nach regionalplanerischen Zielvorgaben ³⁾ die Funktion des Grundzentrums. Darüber hinaus sind hier die Schwerpunktaufgaben Sicherung und Entwicklung von Wohn- und Arbeitsstätten vorgesehen.

Die Ortschaft Essenrode hat die besondere Entwicklungsaufgabe Erholung. Sie grenzt im Westen an ein Vorsorgegebiet für Natur und Landschaft; das Vorsorgegebiet verläuft auch linienhaft durch den Ort.

Die Ortschaft Lehre liegt an der Bundesstraße B 248 und ist über diese nach Braunschweig und Wolfsburg angebunden. Darüber hinaus besteht mit dem Autobahnanschluß Braunschweig-Ost (A 2) Anschluß an das überregionale Straßenverkehrsnetz. Durch das östliche Gemeindegebiet führt die A 39 (Wolfsburg-A 2). Der öffentliche Personennahverkehr wird heute weitgehend über Buslinien abgewickelt.

Die Ortschaft Essenrode ist über die Landesstraße L 639 mit der Ortschaft Wendhausen und dort mit der A 2 und der B 248 verbunden. Zu den weiteren Ortschaften des Gemeindegebietes bestehen Anbindungen über Kreisstraßen.

Die Ortschaft Essenrode zählt derzeit rd. 1.100 Einwohner. Sie wird im Kern wesentlich durch landwirtschaftlich genutzte Gebäude geprägt. Im östlichen und westlichen Bereich der Ortschaft ist die Wohnnutzung überwiegend.

1.1 ENTWICKLUNG DES PLANS/RECHTSLAGE/RAUMORDNUNG/UMWELTBELANGE

Der vorliegende Bebauungsplan wird aus der wirksamen Fassung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Lehre entwickelt.

Für den Plangeltungsbereich ist im Flächennutzungsplan Allgemeines Wohngebiet dargestellt.

Es handelt sich um die 4. Änderung des Bebauungsplans "Neuer Kamp I und II", der 1981 rechtskräftig wurde. Die 1. Änderung wurde am 19.12.1985, die 2. Änderung am 08.11.1991 und die 3. Änderung am 08.07.1998 rechtskräftig. Bereits durch die 1. und 2. Änderung wurden die überbaubaren Flächen großzügiger gefaßt. Durch die 3. Änderung wurde lediglich die textliche Festsetzung Nr. 1 aufgehoben.

Im Rahmen des vorliegenden Bauleitplanes soll der Bereich östlich und westlich der Straße "Neuer Kamp" im Sinne des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden für eine Nachverdichtung vorbereitet werden. Insofern werden die Baugrenzen hier bis auf einen Grenzabstand von 3 m erweitert.

Der zur Planung herangezogene Bereich befindet sich in der bebauten Ortslage und ist im Regionalen Raumordnungsprogramm 1995 für den Großraum Braunschweig

¹⁾ vgl. Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden im Raum Wolfsburg vom 10.05.1972

²⁾ Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 1994

³⁾ Regionales Raumordnungsprogramm 1995 für den Großraum Braunschweig

ohne besondere Festlegungen enthalten. Innerhalb der Gemeinde ist Lehre selbst als Grundzentrum (D 1.6 01) festgelegt. Insofern ist Essenrode unter dem Gesichtspunkt der Eigenentwicklung zu betrachten. Auf Grund der Nähe zum Mittelzentrum Wolfsburg mit oberzentralen Teilfunktionen ist Essenrode besonders geeignet für eine Stärkung der Funktionsvielfalt und -mischung. Als ländlicher Wohnstandort soll es unter Berücksichtigung seiner Eigenart, Ausstattung und Eignung weiter entwickelt werden (D 1.5 01).

Die Planänderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes ist insofern an die Ziele der Raumordnung gem. § 1 (4) BauGB angepaßt.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurde gem. § 3 b (1) UVPG nicht erforderlich, da die Größe des Vorhabens eine neue versiegelbare Fläche gem. § 19 (2) BauNVO von weniger als 2 ha ergibt.

Da durch die gewählten Planfestsetzungen eine höhere Verdichtung ermöglicht wird, werden Eingriffe im Sinne von § 1 a BauGB i. V. m. § 8 a BNatSchG zu kompensieren sein.

1.2 NOTWENDIGKEIT DER PLANAUFGSTELLUNG, ZIELE, ZWECKE UND AUSWIRKUNGEN DES BEBAUUNGSPLANS

Die Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplans wird erforderlich, um in der Ortschaft Essenrode im Rahmen der Eigenentwicklung innerhalb eines bereits überwiegend bebauten Bereiches, die nicht überbauten Grundstücksteile für die bauliche Entwicklung zur Verfügung stellen zu können. Dabei war es ein besonderes Anliegen des Ortsrates, eine Nachverdichtung zu ermöglichen, die der umgebenden Bebauung entspricht. Um die Entstehung von Reihenhäusern zu steuern wird die Anzahl der zulässigen Wohneinheiten in Abhängigkeit von der Grundstücksgröße begrenzt.

1.3 PLANINHALT/BEGRÜNDUNG

- Baugebiete, Allgemeines Wohngebiet (WA)

Die Flächen im Plangeltungsbereich werden wie im rechtskräftigen Bebauungsplan als Allgemeine Wohngebiete festgesetzt. Um eine angemessene Nachverdichtung im Sinne des sparsamen Umganges mit Grund und Boden zu ermöglichen wird die Grundflächenzahl auf 0,3 bei eingeschossiger offener Bauweise erhöht.

Im westlichen Teil des Plangeltungsbereiches wird am Kreuzungsbereich "Wedesbütteler Weg"/ "Mühlenblick" bei zweigeschossiger offener Bauweise das Maß der zulässigen baulichen Nutzung mit einer Grundflächenzahl von 0,4 festgesetzt.

Um die flexible Ausnutzbarkeit der Grundstücke zu ermöglichen werden die Baugrenzen mit einem Grenzabstand von 3 m entlang der Straße und des Geltungsbereiches festgesetzt. Da jedoch entsprechend der vorhandenen Bebauung in der Umgebung Reihenhäuser nur in begrenztem Umfang zugelassen werden sollen, wird eine Festsetzung getroffen, wonach je angefangene 350 m² Grundstücksfläche nur 1 Wohneinheit zulässig ist. Die Festsetzung offener Bauweise in Verbindung mit einer Grundflächenzahl von 0,3 und der Begrenzung der Wohneinheiten auf je 350 m² angefangene Grundstücksfläche dient einerseits dazu, eine Nachverdichtung in Kombination mit den gewählten Baugrenzen zu ermöglichen und andererseits dazu, im Verhältnis zur Nachbarschaft eine zu starke Verdichtung zu vermeiden.

Durch die Festsetzung je 350 m² angefangene Grundstücksfläche nur eine Wohnung zu errichten wird einerseits die Reihenhausbauung begrenzt und auf kleinen Grundstücken verhindert und andererseits auch der Errichtung von Mehrfamilienhäusern auf kleinen Grundstücken vorgebeugt. Durch diese Festsetzung wird dem Gebietscharakter in der Umgebung Rechnung getragen. So können auf den vorhandenen Grundstücken maximal je 3 – 4 Wohneinheiten realisiert werden.

Zur Vermeidung gänzlich neuer Eingriffe in Natur und Landschaft wird es als angemessene Vorgehensweise erachtet, im genannten Umfang Nachverdichtungen zu ermöglichen.

- Verkehrsflächen

a) Straßenverkehrs- und Wegeflächen

Das Plangebiet wird durch die vorhandenen Straßen "Neuer Kamp", "Wedesbütteler Weg" und "Mühlenblick" erschlossen. Diese Straßen sind bereits realisiert.

b) Park- und Stellplatzflächen

Den Belangen des ruhenden Verkehrs wird zukünftig durch die Ausweisung von Stellplätzen und Garagen auf den privaten Grundstücken im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens nachzukommen sein. Parkplätze im öffentlichen Straßenraum werden für die vorhandenen Straßen nicht gesondert festgesetzt.

- Ver- und Entsorgung

Das Baugebiet ist an die vorhandenen Verbundnetze Wasser, Gas und elektrische Energie angeschlossen. Für die neu ermöglichte Bebauung im Süden der Ortslage wird ein Anschluß an die vorhandenen Netze angestrebt.

Für die neu ermöglichte Bebauung der Ortslage wird ein Anschluß an die vorhandenen Netze angestrebt.

Unbelastetes Oberflächenwasser aus Niederschlägen soll auf den privaten Grundstücken in Mulden oder Zisternen zur Versickerung und Gartenbewässerung gesammelt werden. Soweit diese Empfehlung von den späteren Bauherren angenommen wird, bedarf es für eine Versickerung, Verregnung oder Verrieselung auf den jeweiligen Grundstücken heute keiner wasserrechtlichen Erlaubnis oder Bewilligung mehr; bei Niederschlagswasser, das auf Hofflächen anfällt, gilt dies allerdings nur dann, wenn die Versickerung über die belebte Bodenzone erfolgt. Anderenfalls besteht aus § 10 NWG nach wie vor ein wasserrechtlicher Erlaubnisvorbehalt. In Kenntnis der angespannten Situation der Abwasserbeseitigung in Essenrode hat der Wasserverband Weddel-Lehre wegen der unbefriedigenden Leistungsfähigkeit der Klärteiche den Bau einer Schmutzwasserdruckleitung von Essenrode nach Lehre noch für das laufende Kalenderjahr geplant. Die Fertigstellung ist kurzfristig vorgesehen, so daß dann das gesamte Schmutzwasser aus Essenrode in die Kläranlage nach Lehre transportiert wird. Insofern ist künftig nur noch bei starken Niederschlägen mit einem Abschlag in die Klärteiche Essenrode zu rechnen. Aufgrund dieser absehbaren Planung, die mit den neuen Bauflächen zeitgleich realisiert werden soll, wird an den Planfestsetzungen festgehalten. Eine Gefährdung der Nachbargemeinde durch Überschwemmungen oder ein verstärkter Pflanzenwuchs durch Nährstoffeinträge aus den Klärteichen ist dann nicht mehr zu befürchten.

Darüber hinaus beabsichtigt die Gemeinde, den Bebauungsplan "Vor dem Dorfe" aufzustellen, in dem auch Regelungen und Flächen zum Hochwasserschutz vorgesehen sind. Für diesen soll in Kürze der Satzungsbeschluß gefaßt werden. Das erforderliche Wasserrechtsverfahren ist eingeleitet. So kann im Ergebnis regulierend auf die Riede eingewirkt werden.

Die Müllabfuhr erfolgt durch den Landkreis Helmstedt. Anlieger von Hinterliegergrundstücken, die von den Müllfahrzeugen nicht angefahren werden können, müssen ihre Müllsammelbehälter am Tage der Müllabfuhr an eine für das Müllfahrzeug zugängliche Stelle bringen und nach der Entleerung auf ihr Grundstück zurückholen. Dies betrifft insbesondere die Neubebaubaren Grundstücksflächen.

- Brandschutz

Es ist vorgesehen, die Erfordernisse des Brandschutzes einvernehmlich mit den zuständigen Trägern (Landkreis Helmstedt) und der freiwilligen Feuerwehr Lehre zu regeln.

- Altablagerungen

Nach Kenntnis der Gemeinde und der beim Landkreis Helmstedt vorhandenen Informationen sind Altablagerungen im Plangeltungsbereich und seiner näheren Umgebung z. Zt. nicht bekannt.

Sollten die Bauarbeiten Bodenverunreinigungen zu Tage treten, ist die Gemeinde hierüber zu informieren.

- Grünordnung und Landespflege

1.0 Lage im Raum

Die Gemeinde Lehre liegt nordöstlich von Braunschweig. Der Ort Essenrode befindet sich im nordwestlichen Gemeindegebiet.

Er liegt nördlich des Landschaftsschutzgebietes Grassel - Essenrode und grenzt im Westen an die Samtgemeinde Papenteich und im Norden an die Samtgemeinde I-senbüttel.

Der Plangeltungsbereich liegt im Nordwesten der bebauten Ortslage und umfaßt rd. 1,84 ha. Er ist durch die vorhandene Bebauung geprägt. Durch die vorliegende Planung wird eine Nachverdichtung ermöglicht.

2.0 Beschreibung des vom Eingriff betroffenen Raumes

Zur Berücksichtigung der Belange von Natur und Landschaft wurde eine Bestandsaufnahme des Planbereiches durch die Gemeinde Lehre veranlaßt.

Die Flächen im Plangeltungsbereich (ca. 1,84 ha) sind überwiegend bereits bebaut. Die neu zu bebauenden, hinterliegenden Flächen stellen sich derzeit als Ziergärten dar. Lediglich am "Wedesbütteler Weg" auf den Flurstücken 32/3 und 32/84 und in den hinterliegenden Bereichen sind Nutzgärten festzustellen.

3.0 Bewertung der Schutzgüter

3.1 Arten- und Lebensgemeinschaften

Aufgrund der vorgefundenen Biotopstrukturen (Siedlungsbereich) kann festgestellt werden, daß im Plangeltungsbereich keinerlei gefährdete Arten vorkommen.

Für eine neue Bebauung stehen lediglich die hinterliegenden Gartenbereiche zur Verfügung. Als Nutz- bzw. Ziergärten sind sie der Wertstufe 3 zuzordnen.

3.2 Boden

Aufgrund der vorgefundenen intensiven Nutzung im Bereich der Zier- und Nutzgärten ist hier von einem stark überprägten Naturboden allgemeiner Bedeutung auszugehen. Die Wertstufe wird mit 2 angenommen.

Die Grundwassersituation ist als beeinträchtigt durch gärtnerische Nutzung zu betrachten. Hier wird ebenfalls die Wertstufe 2 angenommen.

3.3 Luft / Klima

Der hier bewertete Planbereich ist für das Schutzgut eingeschränkt bedeutsam, da es sich um einen überwiegend bebauten Bereich handelt. Der Natürlichkeitsgrad des Schutzgutes Luft ist von geringer Bedeutung (Wertstufe 3).

3.4 Landschaftsbild

Der Planbereich befindet sich mit den beiden nördlichsten Grundstücken am Übergang zur freien Landschaft. Eine Ortsrandeingrünung besteht nicht. Es handelt sich also um ein beeinträchtigtes Orts- und Landschaftsbild.

4.0 Art und Umfang der zu erwartenden Eingriffe

Nachhaltige Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes ergeben sich lediglich aus den neu ermöglichten Versiegelungen von Bodenflächen.

Aufgrund des geplanten Gebietscharakters für die neu zu bebauenden Bereiche und der festgesetzten Grundflächenzahl von 0,3 ist mit einem Versiegelungsgrad von unter 50 % zu rechnen. Insofern ist mit einem Wertstufensprung für das Schutzgut Boden nur für die tatsächlich versiegelten Bereiche zu rechnen.

Lediglich für den Bereich östlich der Straße "Neuer Kamp" wird die zulässige Grundflächenzahl von 0,2 auf 0,3 erhöht. Dabei handelt es sich um rd. 1 ha allgemeinen Wohngebietes für die künftig im Umfang von 1.000 m² Flächen mehr versiegelt werden dürfen als im rechtskräftigen Bebauungsplan vorgesehen. Im Hinblick auf das Schutzgut Boden wird hierfür eine Kompensation von 1 : 0,3 zu fordern sein. Das entspricht rd. 300 m².

5.0 Vermeidung und Minimierung

Ein Eingriff an anderer Stelle des Ortes ist nicht zu fordern, da im Sinne des sparsamen Umganges mit Grund und Boden und zur Vermeidung neuer Eingriffe an anderer Stelle hier lediglich eine Nachverdichtung ermöglicht wird.

6.0 Ausgleichsmaßnahmen

Nach Vorgabe des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie ist jedes Schutzgut einzeln auszugleichen bzw. zu ersetzen. Dabei sollen für das Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften Kompensationsmaßnahmen im Verhältnis 1 : 1, bei dem Schutzgut Boden im Verhältnis von 1 : 0,3 angestrebt werden, soweit ein Eingriff vorliegt.

Ein Eingriff liegt im vorliegenden Bebauungsplan lediglich für das Schutzgut Boden vor. Hier besteht ein Kompensationsbedarf von 0,03 ha. Hierzu beabsichtigt die Gemeinde im Pool der gemeindeeigenen Flächen 0,03 ha durch einen Selbstverpflichtungsbeschuß im Rahmen des Satzungsbeschlusses zu sichern. Dabei ist entweder die Realisierung einer Heckenpflanzung in der Feldmark, die Extensivierung von Grünland oder die Anlage einer Streuobstwiese beabsichtigt. Nach Abwägung öffentlicher und privater Belange unter- und gegeneinander wird im Hinblick auf die Eingriffsregelung gem. § 1 a BauGB i. V. m. § 8 a BNatSchG diese Vorgehensweise als angemessen erachtet.

1.4 HINWEISE DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

- Ver- und Entsorgung

Mit seinem Schreiben vom 01.10.2001 weist der **Landkreis Helmstedt** darauf hin, daß es zur Versickerung von Oberflächenwasser, das auf Hofflächen anfällt einer wasserrechtlichen Genehmigung gem. § 10 NWG bedarf, falls die Versickerung nicht über die belebte Bodenzone erfolgen soll.

Die **Avacon AG** weist am 07.09.2001 darauf hin, daß zur Versorgung der Neubebauung mit Gas ggf. Netzerweiterungen erforderlich werden könnten, die zu gegebener Zeit mit der Gemeinde und anderen Versorgungsträgern abzustimmen sind. Eine Überbauung der vorhandenen Gasleitungen ist unzulässig.

- Baugrund

Am 19.09.2001 schreibt das **Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung**, daß seine Stellungnahme eine Baugrunduntersuchung nach DIN 40 20 nicht ersetzt.

- Wasserwirtschaft

Der **Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz** teilt am 26.09.2001 mit, daß seine Stellungnahme eine ggf. erforderliche Stellungnahme gem. § 52 NWG im wasserrechtlichen Verfahren nicht ersetzt.

1.5 ABLAUF DES BAULEITPLANVERFAHRENS

1.5.1 FRÜHZEITIGE BÜRGERBETEILIGUNG

Die frühzeitige Beteiligung der Bürger gem. § 3 (1) BauGB wurde mit dem Vorentwurf durchgeführt. Stellungnahmen von Bürgern wurden nicht vorgebracht; abwägungsrelevante Aspekte liegen insofern nicht vor.

1.5.2 BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB sowie die Nachbargemeinden gem. § 2 (2) BauGB wurden mit Schreiben vom 20.08.2001 zur Stellungnahme bis zum 05.10.2001 aufgefordert. Auch alle nach diesem Zeitpunkt eingegangenen Stellungnahmen wurden bei der weiteren Bearbeitung der Planunterlagen zugrunde gelegt.

Die vorgetragenen Anregungen führten zu Ergänzungen der Begründung. Darüber hinaus wurden verschiedene allgemeine Hinweise der Träger öffentlicher Belange in die Begründung eingearbeitet. Änderungen der zeichnerischen und textlichen Festsetzungen wurden nicht erforderlich.

1.5.3 ÖFFENTLICHE AUSLEGUNGEN

Zum Planverfahren gem. § 3 (2) BauGB hat die öffentliche Auslegung vom 05.09.2001 bis zum 05.10.2001 stattgefunden.

Die Träger öffentlicher Belange wurden über die öffentlichen Auslegung mit Schreiben vom 20.08.2001 informiert.

Zum Planverfahren gem. § 3 (2) BauGB sind Stellungnahmen von Dritten nicht eingegangen.

Die vorgetragenen Anregungen Träger öffentlicher Belange führten zu Ergänzungen in der Begründung. Darüber hinaus wurden verschiedene allgemeine Hinweise der Träger öffentlicher Belange in die Begründung eingearbeitet. Änderungen der zeichnerischen und textlichen Festsetzungen wurden nicht erforderlich.

Soweit die im Rahmen der einzelnen Planverfahrensschritte vorgetragenen Gesichtspunkte keine Berücksichtigung in der Planung gefunden haben, wurden sie zum Gegenstand der Abwägung gem. § 1 (6) BauGB gemacht.

2.0 BODENORDNENDE ODER SONSTIGE MASSNAHMEN, FÜR DIE DER BEBAUUNGSPLAN DIE GRUNDLAGE BILDET

Der Ausbau der im Plangebiet festgesetzten Straße ist bereits erfolgt.

3.0 DER GEMEINDE VORAUSSICHTLICH ENTSTEHENDE KOSTEN

3.1 ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER KOSTENVERURSACHENDEN MASSNAHMEN

3.11 Grunderwerb für Verkehrsflächen:

ist nicht mehr erforderlich, da diese bereits hergestellt sind.

3.12 Erstmalige Herstellung der Erschließungsanlagen einschl. Einrichtung von Beleuchtung und Entwässerung ist bereits erfolgt.

3.2 KOSTENBERECHNUNG IM EINZELNEN

(entfällt)

4.0 MASSNAHMEN ZUR VERWIRKLICHUNG DES BEBAUUNGSPLANS

Zur Verwirklichung des vorliegenden Bebauungsplans sind die Erschließungsmaßnahmen nicht mehr durchzuführen. Sie sind bereits vorhanden. Die Entwässerung wird im Straßenraum in den vorhandenen Kanal der Ortslage Essenrode eingeführt. Die Abwässer werden in die Kläranlage von Lehre eingeleitet.

Träger der Abwasserbeseitigung (Schmutz- und Niederschlagswasser) und der Wasserversorgung ist der Wasserverband Weddel-Lehre.

5.0 FINANZIERUNG DER VORGESEHENEN MASSNAHMEN

Der erstmalige Ausbau der im Plan festgesetzten Straßen und Wege wurde bereits vorgenommen. Gegebenenfalls erforderliche Ausbaumaßnahmen werden durch die Gemeinde Lehre vorgenommen. Die Kosten werden nach dem geltenden Erschließungsrecht verteilt und über Anliegerbeiträge erhoben. Weitere Erschließungskosten für gegebenenfalls erforderliche Erweiterungen des Versorgungsnetzes werden gegebenenfalls nach den entsprechenden Satzungen erhoben.

6.0 VERFAHRENSVERMERK

Die Begründung hat mit den zugehörigen Beiplänen gem. § 3 (2) BauGB vom 05.09.2002 bis 05.10.2002 öffentlich ausgelegen.

Sie wurde in der Sitzung am 21.03.2002 durch den Rat der Gemeinde Lehre unter Berücksichtigung der Stellungnahmen zu den Bauleitplanverfahren beschlossen

Lehre, den 03. Mai 2002

gez. Denneberg
(Bürgermeister)

